

LINKEZEITEN

Ausgabe # 2 / Mai 2007

Mai-Zeitung der neuen Partei **DIE LINKE.KÖLN**

Hier ist **DIE LINKE!**

Liebe Kölner Bürgerinnen und Bürger,

immer öfter entscheidet der Bundestag mit den Stimmen der etablierten Parteien gegen die Mehrheit der Bevölkerung:

⇒ Mit der Mehrwertsteuererhöhung seit Anfang dieses Jahres werden vor allem die Normalverdiener zur Deckung der Staatsfinanzen herangezogen.

⇒ Die Unternehmen dagegen sollen jetzt mit einer erneuten Senkung der Kapitalertragssteuer beschenkt werden.

⇒ Gegen die Bedenken auch der eigenen Fachpolitiker haben CDU und SPD die neue Stufe der Gesundheitsreform durchgepeitscht.

⇒ Ebenfalls mit vielen Gegenstimmen auch aus den Koalitionsparteien wurden erst der Einsatz der Bundeswehr im Libanon und nun die Entsendung der Tornado-Flugzeuge nach Afghanistan beschlossen.

Immer mehr Menschen im Land sehen in solchen Entscheidungen Anzeichen einer grundlegenden Fehlentwicklung. Die Spaltung der Gesellschaft in wenige immer Reichere und eine wachsende Zahl immer Ärmerer wird tiefer.

Seit 2000 sind laut Statistischem Bundesamt die Arbeitnehmereinkommen um 6,2 % gesunken, während die Unternehmens- und Vermögenseinkommen um 29,5 % gestiegen sind.

In keinem anderen europäischen Land ist eine solche gespaltene Entwicklung der Einkommen zu beobachten. Darüber hinaus sind Millionen Menschen durch Arbeitslosigkeit oder eine nur minimal bezahlte Beschäftigung vom Wohlstand abgekoppelt.

Nicht nur die derzeitige Regierung ist dafür verantwortlich, sondern schon ihre Vorgänger unter Kohl, Schröder und Fischer. Der FDP gar ist die derzeitige Regierungspolitik noch nicht unsozial genug.

Schon vor Gründung hat DIE LINKE die politische Landschaft verändert!

Durch den Wahlantritt der LINKEN 2005 wurde die drohende CDU/FDP-Koalition vereitelt. Herr Westerwelle ist weiter in der Opposition, und Frau Merkel kann nur diejenigen sozialen Verschlechterungen durchsetzen, die von der SPD mitgetragen werden. Im Bundestag muss die Regierung sich den kritischen Fragen und den sachpolitischen Alternativen der LINKEN stellen.

Sozialpolitik ist wieder ein Thema. Aufgrund der Forderungen des DGB und der LINKEN nach gesetzlichen Mindestlöhnen diskutiert auch die SPD hierüber. Die Grünen streiten neuerdings untereinander über den Tornado-Einsatz in Afghanistan. Man sieht: Konkurrenz von links tut SPD und Grünen gut!

DIE LINKE ist vermutlich die erste Partei, die bereits in den zwei Jahren vor ihrer Gründung die politische Landschaft verändert hat!

Unser Land braucht DIE LINKE!

Am 25. März 2007 beschlossen 800 Delegierte der Linkspartei und der WASG den Zusammenschluss zu einer neuen großen, pluralen Partei der Linken in Deutschland: DIE LINKE! Sie steht für:

⇒ einen Sozialstaat, der seine Bürger nicht im Stich lässt;

⇒ eine gerechte Steuerpolitik, die die Unternehmen und die Besserverdienenden angemessen in Anspruch nimmt;

⇒ eine aktive Wirtschaftspolitik gegen die Massenarbeitslosigkeit;

⇒ die Vereinbarkeit von Beruf und Familie;

⇒ eine durch zivile Konfliktvorbeugung und -lösung bestimmte Friedenspolitik;

⇒ den ökologischen Umbau der Energieversorgung durch strikte Ausrichtung auf erneuerbare Energien;

⇒ die Bekämpfung des Rechtsextremismus in all seinen Formen.

DIE LINKE solidarisiert sich ohne Wenn und Aber mit den Gewerkschaften!

In seinem Aufruf zum 1. Mai 2007 fordert der DBG in Köln höhere Löhne und Gehälter, Mindestlöhne nicht unter 7,50 € pro Stunde und lehnt die gerade vom Bundestag beschlossene Rente mit 67 ab. „Die Menschen in Deutschland haben mehr verdient, als ihnen Arbeitgeber und Politik bisher zugestehen. Dafür kämpfen wir.“ (DGB-Aufruf zum 1. Mai 2007). DIE LINKE ist die einzige Partei im Lande, die sich grundsätzlich mit den Gewerkschaften solidarisiert und die Forderungen der ArbeitnehmerInnen wie der Arbeitslosen im Parlament im Klartext zur Sprache bringt.

Fortsetzung auf Seite 2

Impressum

Hg.: Linkspartei.PDS + WASG Köln.

Redaktion: Kemal Bozay, Dunja Hornung, Andrea Kostolnik, Martin Nees, Alex Recht, Martin Zorn.

Layout: Alex Recht, Martin Zorn.

Auflage: 6.000 Exemplare.

V. i. S. d. P.: Martin Nees + Andrea Kostolnik, c/o DIE LINKE.KÖLN, Zülpicher Straße 7, 50674 Köln.

Für eine neue soziale Idee.

Konkret fordert DIE LINKE heute im Bundestag:

- ⇒ den gesetzlichen Mindestlohn von 8 Euro: „Von Arbeit muss man leben können!“;
- ⇒ die Rücknahme von „Hartz IV“;
- ⇒ die solidarische Bürgerversicherung für Gesundheit und Renten;
- ⇒ ein Zukunftsinvestitionsprogramm;
- ⇒ keine weitere Senkung der Unternehmenssteuern;
- ⇒ den Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan.

CDU, SPD, FDP, Grüne: unsozial!

CDU, SPD, FDP und Grüne behaupten, zu einer Politik, die zuallererst die Interessen von Unternehmen und Kapitalbesitzern bedient, gebe es keine Alternative. Aber das stimmt nicht. Die Idee, dass es uns allen besser ginge, wenn nur die Unternehmen viel Geld verdienen, ist gescheitert. Den meisten Großunternehmen geht es prächtig, und sie nehmen die Steuergeschenke des Staates, ohne der Gesellschaft etwas zurückzugeben. Stattdessen finden Sie immer neue Wege, Arbeitsplätze abzubauen, ihr Steueraufkommen in Deutschland zu verringern, und fordern über ihre Verbände immer neue Belastungen der Arbeitnehmer und der Arbeitslosen.

Soll das immer so weiter gehen? Wir, DIE LINKE, nehmen den politischen Kampf auf! Wir wollen die langjährige Fehlentwicklung stoppen und einen Politikwechsel in unserem Land herbeiführen! Sozialer und ökologischer Fortschritt muss auch in Deutschland wieder möglich werden! Das wird ein Stück Arbeit und ein langer Weg. Dabei brauchen wir die Mitarbeit und Unterstützung aller, die das gleiche Ziel verfolgen:

DIE LINKE braucht Sie! Hier in Köln!

In Köln entsteht jetzt der größte Kreisverband der neuen Partei DIE LINKE in Westdeutschland. Und Sie können dabei mitmachen! Schon heute werden die Kölner Bürgerinnen und Bürger im Bundestag, im Stadtrat und in vielen Bezirksvertretungen durch Abgeordnete der LINKEN vertreten. Gerade hat die Fraktion DIE LINKE im Stadtrat die Wiedereinführung des Köln-Pass' initiiert. (<http://www.stadt-koeln.de/bol/soziales/artikel/09891/index.html>)

Auch in Ihrem Stadtteil gibt es eine Gruppe, die mit dem Aufbau der neuen Partei begonnen hat! Und Sie sind dort herzlich willkommen! Machen Sie mit!

Am besten: Werden Sie jetzt Gründungsmitglied der neuen Partei DIE LINKE!

Informationen

- ✓ DIE LINKE.KÖLN: www.die-linke-koeln.de
- ✓ Ratsfraktion Köln: www.linksfraktion-koeln.de
- ✓ Bundestagsfraktion: www.linksfraktion.de
- ✓ Parteiprogramm zum download: http://media.w-asg.de/uploads/media/20070324_eckpunkte.pdf

Ansprechpartner für Interessierte

- ✓ Angelika Link-Wilden, 0172-6029843, a.link-wilden@netcologne.de
- ✓ Dieter Wernig, dieter.wernig@gmx.de
- ✓ Dunja Hornung, 0171-4100803, d_hornung@t-online.de



Werden Sie jetzt Gründungsmitglied bei DIE LINKE.KÖLN!

Bitte diesen Zettel abtrennen und schicken an: DIE LINKE.Köln, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln.

Zutreffendes bitte ankreuzen:

- Ich möchte zu einer Veranstaltung der neuen Partei DIE LINKE.KÖLN eingeladen werden.
- Ich möchte den zukünftigen E-Mail-Newsletter der neuen Partei DIE LINKE.Köln erhalten. (Ich kann den Newsletter jederzeit abbestellen.)
- Ich bin an einem Informationsgespräch über eine mögliche Mitgliedschaft interessiert.
- Bitte senden Sie mir einen Mitgliedsantrag für DIE LINKE.

Vorname + Name: _____

Straße + Hausnr.: _____

PLZ + Ort: _____

Telefonnummer: _____

E-Mail-Adresse: _____

Nein zur Rente mit 67: DIE LINKE gegen Sozialabbau!

von Martin Nees

Im Rahmen der Debatte um ein neues Parteiprogramm der SPD verkündete ihr Vorsitzender Beck eine sozialere SPD. Aber schon Tage später beschloss die große Koalition weiteren Sozialabbau: das Heraufsetzen des Renteneintrittsalters auf 67 Jahre und damit verbundene Rentenkürzungen für ArbeitnehmerInnen. Zumeist unbekannt ist, dass das abschlagsfreie Renteneintrittsalter für Schwerbehinderte von 63 auf 65 Jahren heraufgesetzt wurde. Begründet wird dies mit dem sog. demografischen Wandel in unserer Gesellschaft, wonach angeblich immer mehr Alte von immer weniger Jungen versorgt werden müssten. Dieses Argument ist nur vorgeschoben.

Die Produktivität steigt

Heute kommen 3 Menschen im erwerbsfähigen Alter auf eine Person über 65 Jahre. 2030 werden es nur zwei sein. Im Jahre 1900 kamen auf eine Person über 65 noch zwölf Menschen im erwerbsfähigen Alter. Jetzt kommt man ins Staunen. Wir haben also bereits einen großen Teil des Wandels hinter uns.

Dass dies möglich war und auch in Zukunft so sein wird, liegt an der steigenden Produktivität bei der Erzeugung von Gütern und Dienstleistungen: Eine gleichgroße Menge von Gütern kann von immer weniger Beschäftigten hergestellt werden. Folglich ist die Gesellschaft heute insgesamt reicher als in den vergangenen Jahrzehnten, weswegen es auch Unsinn ist, im Jahr 2007 plötzlich die Lebensarbeitszeiten zu verlängern bzw. die Renten zu kürzen.

Ungleiche Verteilung als Problem

Allerdings ist es ein Problem, dass dieser wachsende Reichtum der Gesellschaft seit Jahren immer weniger bei den Menschen ankommt. Die Deregulierung der Finanzmärkte und ein vermögensgetriebener Unternehmensumbau der letzten Jahrzehnte verschärfen die Ungleichheit in der Einkommens- und Vermögensverteilung immer mehr.

Einzelwirtschaftlich wird die kurzfristige Gewinnmaximierung zum einzigen Ziel von Unternehmen. In der Folge registrieren wir eine Verschiebung der Verteilungsverhältnisse. Der erwirtschaftete Ertrag der Gesellschaft gehört immer mehr den Aktionären. Was technischer

Fortschritt, Arbeit und Geschäftstüchtigkeit erwirtschaften, fällt den Reichen in den Schoß. Diese Verschiebung bei der Verteilung weg von ArbeitnehmerInnen und hin zu Gewinn- und Vermögenseinkommen läuft auf eine Aufkündigung des Grundsatzes der Leistungsgerechtigkeit hinaus.

Denn die leistungslosen Vermögenseinkommen stehen nur soweit im Zusammenhang mit Leistung, als sie auf die genaue Beobachtung der Kapitalmärkte zurückzuführen sind.

Rente mit 67 ist Rentenklau!

Die Rente mit 67 bedeutet für die meisten ArbeitnehmerInnen Rentenkürzung. Schon heute geht nur jeder dritte Arbeitnehmer mit 65 Jahren vom Arbeitsplatz direkt in die Rente. Viele ArbeitnehmerInnen werden schon mit 50 arbeitslos oder werden über Alterszeit mit Rentenabschlägen in den Ruhestand geschickt.

Nicht zu vergessen die 4 Mio. Arbeitslosen, die einen Arbeitsplatz suchen, und die 3 Mio. Menschen, meist Frauen, die diese Suche wegen Erfolglosigkeit aufgegeben haben. Junge Menschen drehen oft Warteschleifen, bevor sie eher spät ins Arbeitsleben eintreten. Ihre Biografie gleicht einem Schweizer Käse, ihre Rentenansprüche werden sehr gering sein und werden jetzt noch weiter gekürzt!

Privatvorsorge ist keine Lösung

Die Aufforderung der Bundesregierung, Rentenkürzungen durch Privatvorsorge auszugleichen, ist für viele kaum realisierbar. ALG-II-Empfänger, Mini-Jobber, Geringverdiener und Familien mit Kindern werden sich keine auskömmliche private Absicherung fürs Alter leisten können.

Besonders schlimm: Sind ArbeitnehmerInnen mehr als ein Jahr arbeitslos,

Rentendeform bei CDU und SPD



Bild: Soziales Bündnis Thüringen

müssen sie die für die Alterssicherung gesparten Gelder unter großen Verlusten bis auf einen kleinen Grund- und Altersvermögensfreibetrag auflösen, bevor sie ALG II bekommen.

Private Altersvorsorge ist zudem oft riskant. Dies haben viele ArbeitnehmerInnen erfahren, die sich in Aktienspekulation versucht haben. Auch die künftige Entwicklung der Aktienkurse ist unsicher. Andere Anlageformen sind für ArbeitnehmerInnen ebenso oft wenig attraktiv. Lebensversicherungen fallen z. B. oft durch eine geringe Garantieverzinsung auf.

Für eine LINKE Rentenreform!

Für die LINKE ist die Stärkung der gesetzlichen Rentenversicherung wichtig. Die Heraufsetzung der Beitragsbemessungsgrenze, die Zurückdrängung von Niedriglöhnen durch einen Mindestlohn von 8 Euro, die Abschaffung beitragsbegünstigter Minijobs und die Verbeitragung aller Beschäftigten und Einkommen führen zu höheren Einnahmen der Sozialsysteme.

Radikale Arbeitszeitverkürzung und die Schaffung neuer Arbeitsplätze z.B. im Sozial- und im Bildungsbereich vermindern die Arbeitslosigkeit und stabilisieren ebenso die Sozialsysteme durch Mehreinnahmen.

8 Euro gesetzlicher Mindestlohn jetzt!

von Ulrike Detjen

Die bittere Realität niedriger Löhne

Claudia S. *, 37 Jahre, lebt in Köln. Sie ist als Zimmermädchen in einem noblen Kölner 5-Sterne-Hotel tätig. Die Reinigungsjobs sind in diesem Hotel zu 70 % outgesourct, so dass Claudia S. für ein Subunternehmen tätig ist. Die Vergütung der Zimmermädchen und Reinigungskräfte erfolgt pro Hotelzimmer. Die Reinigung eines Zimmers dauert ca. 30 Minuten. Sie verdient pro Zimmer nur 1,78 Euro und muss 7 Tage die Woche 10 bis 12 Stunden arbeiten, damit sie Ende des Monats gerade einmal netto 700 Euro verdient! (* Name geändert)

Gerade im Hotelgewerbe zeigt sich ein starker Outsourcing-Trend. Nahezu alle wichtigen Hotels – auch im Kölner Raum – haben ihre Reinigungstätigkeiten bis zu 70 % outgesourct und verfügen kaum über eigene Kapazitäten.

Der gewerkschaftliche Organisationsgrad im Hotelgewerbe und in der Gebäudereinigung ist ohnehin schwach. Und nicht nur das: Outsourcing geht in den meisten Fällen an den festgeschriebenen Tarifverträgen vorbei, sieht von bezahlten Stundentarifen ab und vergütet nach gereinigten Zimmern.

Wenn man von dem ab April geltenden Tarifvertrag für Zimmermädchen ausgeht, so gilt dort monatlich ein Brut-

tolohn von ca. 1.284 Euro (7,59 Euro pro Stunde). Doch durch die Outsourcing-Politik werden diese Tarifverträge unterlaufen, und Subunternehmen erhalten die Möglichkeit, im Reinigungsgewerbe einen Niedriglohnssektor zu etablieren. Betroffen sind hiervon vor allem Frauen.

Frauen als Verliererinnen der Niedriglohnpolitik

Zwei Drittel der Beschäftigten mit Niedriglöhnen sind weiblich. Verkäuferinnen, Floristinnen, Friseurinnen, Reinigungskräfte, Beschäftigte im Hotel- und Gaststättengewerbe – sie alle erhalten Armutslöhne, die deutlich unter 8 Euro in der Stunde liegen.

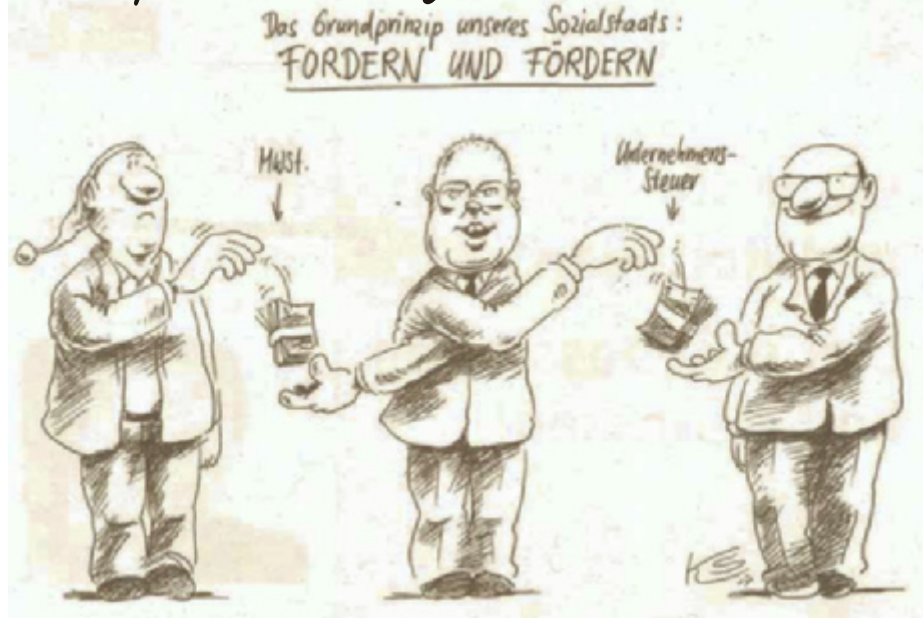
Selbst tariflich abgesicherte Löhne liegen zwischen 4,23 Euro und 5,67 Euro – in NRW. Ganz zu schweigen von Beschäftigungen, in denen kein Tarif gilt. 2 Euro pro Zimmer zahlen Kölner Luxushotels an Hotelkräfte, die sie über Leiharbeitsfirmen einkaufen. Das ergibt einen Stundenlohn um 4 Euro.

Von solchen Einkommen kann keine Frau selbstständig leben.

Niedriglöhne und Mini-Jobs drängen vor allem Frauen in eine Armut- und Abhängigkeitsspirale. Ihre Einführung hat zur Vernichtung und Zerstückelung sozialversicherungspflichtiger Jobs beigetragen – die Altersarmut der Frauen ist vorprogrammiert.

**Hingehen!
Mindestlohntour von ver.di + NGG mit
einem Aktionstag am 07. Juni in Köln**

Sozialpolitik der großen Koalition ...



Für 8 Euro gesetzlichen Mindestlohn!

Acht Euro Stundenlohn würden vor allem den Frauen und auch Männern helfen, die in Berufen ohne tarifliche oder mit niedriger tariflicher Bezahlung arbeiten. Gerade Frauen brauchen einen gesetzlichen Mindestlohn.

Ein Jahr, nachdem die Gewerkschaften ver.di und NGG sowie DIE LINKE ihre Mindestlohnkampagnen gestartet haben, wissen das die meisten Menschen in Deutschland. Und drei Viertel von ihnen befürworten die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns.

Und Schwarz-Rot?

Die CDU tut nichts. Die SPD will in wenigen Branchen Mindestlöhne einführen und sittenwidrige Löhne per Gesetz verbieten.

Aber Branchenmindestlöhne auf der Basis von Tarifverträgen bringen nur dort etwas, wo es gute Tariflöhne gibt. Der Floristin, die einen Tariflohn von 4,38 Euro bekommt, oder der Kellnerin in NRW, die 5,25 Euro bekommt, nützt so eine Regelung gar nichts.

Auch das Gesetz zur Sittenwidrigkeit führt nicht weiter: Nach den Plänen der Regierung sollen die ortsüblichen Löhne von den Arbeitgebern um bis zu 30 Prozent unterboten werden dürfen. Erst dann wäre die Sittenwidrigkeit erreicht.

Eine Friseurin, die heute nur 3,50 Euro bekommt, ginge dann mit 2,45 Euro brutto die Stunde nach Hause – mit dem Segen des Gesetzgebers! Da hilft nur eines: Ein gesetzlicher Mindestlohn, wie ihn die Gewerkschaften und DIE LINKE fordern. Für weniger als 8 Euro soll niemand arbeiten müssen.

Für soziale Wohnungspolitik in öffentlicher Verantwortung: LEG-Verkauf verhindern!

von Hans Günter Bell

Die nordrhein-westfälische Landesregierung will mit der landeseigenen Landesentwicklungsgesellschaft (LEG) eine der größten deutschen Immobiliengesellschaften verkaufen. Direkt betroffen sind über 100.000 Wohnungen in ganz Nordrhein-Westfalen und etwa 1.000 Beschäftigte; indirekt betrifft dieser Verkauf aber alle Mieterinnen und Mieter und das örtliche Handwerk.

Bauminister Wittke betonte zwar, der Verkauf solle „unter Wahrung größtmöglicher Sozialstandards für Mieter und Mitarbeiter vollzogen werden“. Die bisherigen Erfahrungen mit anderen Verkäufen zeigen jedoch, dass diese Verpflichtungen kaum kontrolliert oder gar sanktioniert werden können.

Volksinitiative „Sichere Wohnungen und Arbeitsplätze“

Gegen diese unsoziale und kurzsichtige Politik wurde in 2006 eine Volksinitiative „Sichere Wohnungen und Arbeitsplätze“ gestartet, deren Ziel es ist, den Verkauf der LEG zu verhindern. Um den Landtag zu zwingen, sich mit diesem wohnungspolitischen Skandal nochmals zu beschäftigen, müssen landesweit 66.000 Unterschriften gesammelt werden.

Dass Erfolge möglich sind, zeigt der Stopp der Wohnungsverkäufe in Freiburg. Dort verhinderte ein erfolgreicher Bürgerentscheid im November 2006 den Verkauf von 7.900 der 8.900 Wohnungen der kommunalen Wohnungsgesellschaft: ein gutes Signal gegen den Ausverkauf öffentlicher Wohnungen.

Auch Kölner Mieterinnen und Mieter sind betroffen

Köln ist vom drohenden Verkauf nicht so stark betroffen wie manche andere Kommune in NRW. Der Anteil der LEG-Wohnungen an allen preisgebundenen Mietwohnungen beträgt zwar ‚nur‘ 4 Prozent, gegenüber 29 Prozent in Hamm oder 24 Prozent in Münster. In absoluten Zahlen sind dies jedoch 3.565 Wohnungen. Sie befinden sich v.a. in Niehl, Longerich, Buchforst und Bocklemünd. Kleinere Bestände sind über das ganze Stadtgebiet verteilt.

Angesichts der Entwicklung auf dem Kölner Wohnungsmarkt schmerzt jeder weitere Verlust an öffentlicher Steuerungsmöglichkeit:

⇒ Der Anteil der Sozialwohnungen am Kölner Wohnungsmarkt geht dramatisch zurück: von 23,6 % im Jahr 1990 auf nur noch 10,7 % im Jahr 2005.

⇒ Die Mengeziele des Kölner Wohnungsgesamtplans werden jährlich um etwa 1.000 Wohnungen unterschritten.

⇒ Kein Wunder also, dass das Wohnen in Köln immer teurer wird und der neue Mietspiegel einen deutlichen Anstieg der Mieten v. a. bei den kleinen, preiswerteren Wohnungen aufweist.

DIE LINKE.KÖLN unterstützt die Volksinitiative

Für DIE LINKE.KÖLN ist es wichtig, ein Signal für öffentliche Verantwortung in der Wohnungspolitik zu setzen. Wir engagieren uns daher schon seit Monaten für einen Erfolg der Volksinitiative, haben Unterschriften gesammelt und in vielen Gesprächen mit den Bürgerinnen und Bürgern für die Volksinitiative gewonnen.

Bis Mitte April 2007 sind beim Kölner Wahlamt 2.910 gültige Unterschriften zur Unterstützung der Volksinitiative eingereicht worden. Das ist ein großer Erfolg des lokalen Bündnisses aus LEG-Mieterbeirat, LEG-Betriebsrat und der parteipolitischen Opposition zur Landesregierung (SPD, Grüne, Linkspartei und WASG).

Doch noch ist das Ziel nicht erreicht: Die Zahl der Unterschriften reicht noch nicht für einen Erfolg der Volksinitiative „Sichere Wohnungen und Arbeitsplätze“. Die LINKE.Köln wird sich daher weiterhin engagieren, um den Verkauf der LEG zu verhindern.

- ✓ Kontakt in Köln:
Margret Vedda, Tel.: 0221-7123703,
E-Mail: Margret.Vedda@koeln.de
- ✓ Weitere Infos:
www.volksinitiative-leg.de



Gute Erziehung verringert Jugendkriminalität!

von Michael Weisenstein

In den letzten Wochen und Monaten wird das Thema Jugendkriminalität in Köln, aber auch bundesweit, intensiv diskutiert. Dass das Thema immer nur dann in der Öffentlichkeit diskutiert wird, nachdem ein spektakulärer Fall bekannt oder eine Statistik veröffentlicht wurde, ist schade, aber nichts Ungewöhnliches. Zum Glück gibt es Fachleute, die sich ganzjährig mit dem Thema beschäftigen, so dass die inhaltliche Diskussion auf die Statements populistischer Thesen aus allen politischen Schichten gut verzichten könnte. In meinem kleinen Aufsatz werde ich verschiedene Thesen aufstellen, ohne dabei populistische Forderungen aufzustellen.

Das Jugendstrafrecht in der BRD ist ein vernünftiges Jugendstrafrecht

Der Gesetzgeber unterscheidet Kinder, Jugendliche und Heranwachsende. Kinder bis 13 Jahre sind in der BRD strafunmündig, das heißt, sie können nicht verurteilt werden. Es wird richtigerweise davon ausgegangen, dass ein Fehltritt eines Kindes ausschließlich aus einem erzieherischen Defizit resultiert. Das heißt jedoch nicht, dass der Staat diesem Problem machtlos gegenüber stünde:

Es gibt ein breit gefächertes Angebot der Kinder- und Jugendhilfe, deren Hilfe Kinder und deren Eltern in Anspruch nehmen können, um Delinquenz bei Kindern entgegen zu wirken. Im Extremfall können Jugendamt, Ärzte und Justiz dafür Sorge tragen, dass ein Kind mit erheblichen Erziehungsdefiziten in Heimen betreut und erzogen oder in Kinder- und Jugendpsychiatrien behandelt wird.

Jugendliche ab dem 14. Lebensjahr sind strafmündig und können nach dem Jugendgerichtsgesetz verurteilt werden: Höchststrafe 10 Jahre. Auch bei den Jugendlichen geht der Gesetzgeber richtigerweise davon aus, dass der erzieherische Aspekt im Vordergrund stehen muss. Auch deshalb sind die Sanktionsmaßnahmen, die verhängt werden, oft erzieherisch ausgeprägt und vielfältig: Arbeitsstunden, Wochenend- oder Ferienarrest. Auflagen können verhängt werden: Teilnahme an Antiaggressionskursen, Zusammenarbeit mit dem Jugendamt, Wohnen in einem Heim.

Neben den sehr pluralistisch ausgeprägten Möglichkeiten des Jugendstraf-

rechtes kann aber auch eine traditionelle Jugendstrafe verhängt werden, und liegt das Strafmaß bis zu zwei Jahren, kann die Strafe zur Bewährung ausgesetzt werden. Auch hier sind die Bewährungsauflagen individuell gestaltbar. Bei jedem Jugendstrafverfahren ist ein Sozialarbeiter der Jugendgerichtshilfe anwesend, der auch Vorschläge bezüglich des Strafmaßes und Auflagen tätigt.

Grundsätzlich können auch Heranwachsende bis zum 21. Lebensjahr nach dem Jugendstrafrecht verurteilt werden, was allerdings voraussetzt, dass Entwicklungsrückstände bei dem jungen Menschen vorliegen. Hierüber hat die Jugendgerichtshilfe als Fachbehörde dem Richter ein Gutachten vorzulegen.

Jugendliche begehen Straftaten, weil sie arm sind und schlecht oder gar nicht erzogen. Der Prototyp des jugendlichen Straftäters ist männlich, sehr schlecht gebildet und kommt aus desolaten Familienverhältnissen. Oft haben sich die Eltern nicht ausreichend um ihre Kinder gekümmert, haben keine oder viel zu wenig Grenzen gesetzt.

Das Jugendamt konnte oder wollte keine teuren Jugendhilfemaßnahmen einsetzen, die Überforderungssituation der Eltern wird immer größer, aus den Streichen des Jungen werden kleine kriminelle Handlungen, die ersten Sanktionen, die der Junge spürt, sind Ausgrenzungen wie Schulverweis, Hausverbot im Jugendzentrum etc. Die juristischen Sanktionen lassen auf sich warten. Immer mehr zieht sich der Jugendliche in eine kriminelle Subkultur zurück, es kommen Drogen und Perspektivlosigkeit hinzu. Die Straftaten werden intensiver und häufiger.

Die Institutionen, die mit delinquenten Jugendlichen zu tun haben, sind personell und materiell schlecht ausgestattet. Jugendämter, Träger der freien Jugendhilfe und die Justiz wurden materiell und personell in den beiden letzten Jahrzehnten systematisch ausgedünnt. Noch immer gehen dreißig Schüler in eine Klasse. Gerade an Hauptschulen befinden sich oft viele sogenannte „Problem-schüler“ in einem Klassenverband. Dem Lehrer ist es kaum möglich, auf den Erziehungsbedarf des Einzelnen einzugehen. Gerade Eltern von Hauptschülern haben sich oft bei ihren pubertierenden

Kindern aus der Erziehung schon verabschiedet. Unbesuchte Elternabende in der neunten und zehnten Jahrgangsstufe zeigen dies überdeutlich. Ein einziger Schulsozialarbeiter (falls überhaupt vorhanden) an der Schule kann nur der auf den heißen Stein fallende Tropfen sein.

Aufgrund der großen zahlenmäßigen Überforderungen arbeiten Justiz, Jugendämter und freie Träger zeitlich sehr stark versetzt. Hinzu kommen Kommunikationsprobleme zwischen den Institutionen. Zwischen einem Fehltritt und der Sanktion liegen oft viele Monate oder gar ein Jahr. In der Zwischenzeit ist die Gefahr weiterer Fehlritte groß, da aus Sicht des Jugendlichen keine Sanktion erfolgt. Die desolaten Zustände im Jugendstrafvollzug NRW sind hinlänglich bekannt, so dass keine tiefergehende Erläuterung an dieser Stelle notwendig erscheint. Es ist zu hoffen, dass der Jugendstrafvollzug in Siegburg bald aufgelöst werden kann und in eine neue Anstalt nach Wuppertal verlegt wird, so wie es unlängst die Justizministerin NRW verkündet hat.

Was muss sich ändern?

⇒ Familien mit Erziehungsschwierigkeiten müssen frühzeitig intensive erzieherische Hilfen bekommen.

⇒ Möglichkeiten der Ganztagsbetreuung in Horten und Jugendzentren sind auch für Jugendliche zu schaffen.

⇒ Freizeitangebote durch die Jugendarbeit sind auch in Abendstunden und am Wochenende bereit zu stellen.

⇒ Jugendämter, freie Träger, Jugendgerichtshilfe und Justiz müssen deutlich mehr Personal und Geld bekommen (Verdopplung). Die Zusammenarbeit muss optimiert werden.

⇒ Jugendstrafanstalten dürfen keine Verwahranstalten sein. Sie müssen zu pädagogischen Einrichtungen umgestaltet werden.

⇒ Es muss mehr Jugendzentren geben, und die Förderung von Sport- und Freizeitvereinen ist zu intensivieren, damit diese in die Lage versetzt werden, auch schwierige Jugendliche aufzunehmen.

⇒ Das dreigliedrige Schulsystem ist abzuschaffen, Klassen sollten verkleinert werden. Schulsozialarbeit sollte an jeder Schule obligatorisch sein.

⇒ Ausbildungsplätze sind für alle jungen Leute zu schaffen.

Entwicklung statt Militarisierung!

von Paul Schäfer, MdB

Argumente gegen Tornados in Afghanistan

Seit dem 9. April fliegen deutsche Kampfjets über Afghanistan. In der vorausgehenden Debatte waren viele – richtige – Argumente gegen diesen spezifischen Einsatz zu hören: Dass er völkerrechtswidrig ist, weil die Ergebnisse der Luftaufklärung auch von der US-geführten Operation „Enduring Freedom“ verwendet werden, die sich schon lange nicht mehr das Deckmäntelchen der Selbstverteidigung umhängen kann. Dass die Bundeswehr und mit ihr die ganze ISAF sich die Sympathien der Bevölkerung verschmerzen, wenn Bombenangriffe auf Zivilisten mit einem Überflug von Tornado-Aufklärern eingeleitet werden. Dass die Grenze zum vollwertigen Kampfeinsatz bei weitem nicht scharf genug gezogen ist.

Jenseits dieser einzelfallbezogenen Kritik ist der Tornado-Einsatz ein Siebenmeilenstiefelschritt auf einem Weg, der in eine falsche und verhängnisvolle Richtung führt. Es geht dabei nicht nur um die Verschickung einer Handvoll Flugzeuge, Piloten und Mechaniker, es geht insgesamt um die zunehmende Militarisierung deutscher Politik.

Problem der Militarisierung

Die Entsendung von Kampfflugzeugen war dabei nicht der erste Schritt, und sie wird nicht der letzte sein: Wir haben erlebt, wie die Bundeswehr mit zunehmend kämpferischen Aufträgen in alle möglichen Weltgegenden ausgeschwärmt ist und sich dort oft genug häuslich eingerichtet hat.

Wir haben von Erweiterungen der NATO-Strategie gelesen, die allerlei neue Kriegsgründe und Einsatzgebiete definiert haben. Wir haben vom neuen Weißbuch der Bundeswehr gehört, in dem sich die Armee in bester clausewitzscher Tradition als verlängerter Arm des Außenministers anbietet, als eines unter vielen Instrumenten zwischenstaatlicher Verständigung.

Wir haben auch die sicherheitspolitischen Amokläufe des Innenministers zur Kenntnis genommen, der Soldaten vor Fußballstadien aufmarschieren und Passagierflugzeuge abschießen lassen will.



Wir haben schließlich, wenn auch nur nebulös, vom Krieg im Verborgenen erfahren, von Geheimkommandos, Verschleppungen und Elektroschocks. Es wird Zeit, diese Facetten zu einem Bild zu vereinen; und es wird Zeit, sehr deutlich zu sagen, dass uns dieses Bild nicht gefällt.

Das beginnt schon beim Titel: „Krieg gegen den Terrorismus“ heißt das Bild. Diese paradoxe Floskel dient den Malern als Entschuldigung, längst zu Recht in den zivilisatorischen Giftschrank verbannte Lösungen wieder hervorzukramen. Terrorismus allerdings lässt sich dadurch, dass ihm Terror entgegengesetzt wird, weder vermeiden noch beenden – im Gegenteil: So wird lediglich die Spirale der Eskalation weitergedreht und ein beachtlicher Rekrutierungspool für neue Terroristen geschaffen. Das ist derzeit sehr deutlich im Irak zu beobachten, wo immer massiveres Vorgehen des US-Militärs nicht etwa zu mehr Sicherheit, sondern lediglich zu immer mehr und immer verheerenderen Bombenanschlägen führt.

Konflikten den Nährboden entziehen!

Notwendig wäre vielmehr, dem Terrorismus den Nährboden zu entziehen, also die strukturellen Gegebenheiten zu ändern, die Menschen dazu bewegen, sich Terrorgruppen anzuschließen. Zu diesen

strukturellen Gegebenheiten gehören Armut, Perspektivlosigkeit und mangelnde Partizipation, aber sicher auch die Bedrohung durch Truppen, die sich wenig um den Schutz der Zivilbevölkerung scheeren.

Was die im Weißbuch geforderte weitere Militarisierung, was noch mehr Soldaten mit noch weitergehenden Befugnissen und Aufträgen an diesen Punkten ändern können, bleibt schleierhaft. Die Alternativen: Armut und Perspektivlosigkeit zu mindern, Partizipationsmöglichkeiten zu schaffen und tragfähige

Strukturen ziviler Konfliktbewältigung zu etablieren, sind vielmehr klassische Aufgabenfelder der Entwicklungspolitik.

Hier gibt es die Instrumente, dem Terrorismus wirksam entgegenzutreten, aber hier ist zuwenig Geld vorhanden, die Instrumente einzusetzen. Diesen Missetand gilt es zu korrigieren.

Der sofortige Abzug der deutschen Tornados aus Afghanistan und die Umschichtung der für den Einsatz vorgesehenen Mittel in Entwicklungsprojekte wären ein erster wichtiger Schritt in diese Richtung.

Interview mit den LINKEN Kölner MdB Paul Schäfer und Ulla Lötzer

von Wolfgang Lindweiler

LINKEZEITEN: Was war für Euch persönlich das wichtigste Ergebnis oder der größte Erfolg Eurer Arbeit im Bundestag?

Paul Schäfer: Der Erfolg meiner Arbeit bemisst sich daran, wie viele Menschen außerhalb des Parlaments ich ermutigen kann, sich für Gerechtigkeit und friedliche Konfliktlösungen einzusetzen. Und



daran, ob ich in den Medien als verteidigungs- und abrüstungspolitischer Sprecher der LINKEN angemessen wahrgenommen werde. In beiderlei Hinsicht bin ich nicht unzufrieden, aber auch noch längst nicht zufrieden.

Ulla Lötzer: Die Erarbeitung eines Zukunftsprogramms für soziale und ökologische Nachhaltigkeit für die Fraktion. In einem Jahr haben ich und mein Büro gemeinsam mit Verbänden, Gewerkschaften, dem Wuppertal-Institut und dem Deutschen Städte- und Gemeindebund wie auch den Arbeitskreisen der Fraktion ein Zukunftsprogramm entwickelt, das gerade jetzt in der Fraktion diskutiert wird. Es ist damit gelungen, mit und in der Fraktion die Kompetenzen und Ressourcen zu nutzen, um auch ein wesentliches Element der programmatischen Strategiebildung zu entwickeln.

Es ist ein Grundbestandteil der wirtschaftspolitischen Strategie der Fraktion, stellt den sozial-ökologischen Umbau in den Mittelpunkt, schafft mehr als 1 Mio.

sozial geschützte Arbeitsplätze und leitet eine Wende zur Binnenmarktorientierung mit Wachstumsraten von 2,5-3,6% des BIP ein. Finanziert wird es zunächst durch Umverteilung, aber bereits ab dem zweiten Jahr finanziert es sich durch die daraus erzielten Steuereinnahmen selbst. Darüber hinaus stabilisiert es die sozialen Sicherungssysteme durch Einnahmen aus der Beschäftigung. Nach Diskussion und Verabschiedung der Fraktion werden wir es nicht nur im Parlament in die Auseinandersetzung einbringen, sondern auch die öffentliche Auseinandersetzung darum beginnen.

LZ.: Im Bundestag entscheidet die große Koalition mit ihrer großen Mehrheit zentrale Fragen gegen den Willen der großen Mehrheit der Bevölkerung. Was kann da Opposition von links bewirken? Direkt gefragt: Paul, 77 % der Bevölkerung waren gegen die Entsendung der Tornados nach Afghanistan, was haben wir mit unserem Nein erreicht, nachdem die Flugzeuge im Kriegsgebiet angekommen sind?

P. S.: Es ist wichtig, dass unter dem Eindruck unserer Arbeit inner- und außerhalb des Parlaments die Zahl derjenigen wächst, die an Militärinterventionismus und der Politik des ewigen Weiterrüstens zweifeln und auf Distanz gehen. Noch nie haben bei einer solchen Entscheidung über einen Bundeswehreinsatz so viele Kolleginnen und Kollegen aus den anderen Fraktionen mit Nein gestimmt.

Das gibt Hoffnung, dass wir zumindest mittelfristig den außenpolitischen Kurs der Bundesrepublik verändern können. Aktive Friedenspolitik und Abrüstung gehören auf Platz 1 der Rangliste.

LZ.: Und Ulla, eine deutliche Mehrheit der Bevölkerung will einen gesetzlichen Mindestlohn, die große Koalition ist zerstritten, was tut DIE LINKE, damit er wirklich kommt?

U. L.: Ohne unsere gemeinsame Kampagne mit den Gewerkschaften gäbe es die Unterschriftensammlung der SPD nicht. Darin wird deutlich, wie DIE LINKE inner- und außerhalb des Bundestages als Opposition etwas erreichen kann. Im Bundestag haben wir gezielt parlamentarische Anträge gestellt und die Auseinandersetzung geführt. Außerhalb des Bundestages haben wir dies mit einer Kampagne begleitet. Das hat gerade in

NRW mit der Mindestlohnarbeitsgruppe, die ich auch mit koordiniert habe, ganz gut geklappt und ist beispielhaft für erfolgreiche Arbeit.

Wir werden jetzt dafür sorgen, dass den Worten der SPD Taten folgen, und den Text der Unterschriftensammlung als Antrag im Bundestag zur namentlichen Abstimmung stellen. Auch diese Aktion müssen wir außerparlamentarisch begleiten, damit sie Öffentlichkeit erhält und den Druck in Richtung eines gesetzlichen Mindestlohns verstärkt. Es nutzt nichts, wenn wir das nur im Parlament tun, aber dass wir es auch parlamentarisch unterstützen können, ist ein wichtiges Element zur Stärkung der Kampagne. Das Zusammenwirken von parlamentarischer mit außerparlamentarischen Aktivitäten ist das Entscheidende. Gerade hier werden wir intensiv die Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften fortführen.

LZ.: Wie seht ihr den Umgang mit Abgeordneten anderer Fraktionen im Alltag und unsere Wahrnehmung in den Medien?

U. L.: Der Umgang mit den Abgeordneten der anderen Fraktionen ist normal. Wir führen mit ihnen die sachliche Auseinandersetzung. Erst durch die LINKE ist eine Alternative zum neoliberalen Einheitsbrei wieder in der parlamentarischen Auseinandersetzung. Sie agieren allerdings zuweilen, jedenfalls im Plenum, nicht sehr sachlich, indem sie uns ständig nur Populismus vorwerfen. Dahinter steckt die Argumentation, dass neoliberaler Umbau Sachzwang und alternativlos sei. Deshalb finde ich es so wichtig, die Auseinandersetzung um Alternativen in den Mittelpunkt zu stellen, wie z. B. den gesetzlichen Mindestlohn oder das Zukunftsprogramm. „Eine andere Welt ist möglich“, dies untersetzen wir mit unserer Arbeit mit konkreten Formen. Mit den Medien haben wir natürlich unsere Probleme, weil sie uns unsere Argumentation nur selten aufnehmen.

P. S.: Nach anfänglicher großer Irritation bei den anderen Fraktionen, was denn nun nach dem Einzug der Linken auf sie zu wohl zukomme, hat sich die Arbeit doch eher versachlicht. Allerdings werden wir doch als diejenigen wahrgenommen, die quer zur Hauptrichtung

der gegenwärtigen Politik stehen. Und das ist richtig so, denn nur wir wollen den Mindestlohn, Zukunftsinvestitionsprogramme, die Überwindung von Hartz IV und die solidarische Bürgerversicherung. Was die großen Medien betrifft, so haben wir es nach wie vor mit erheblichen Blockaden zu tun. Sie durch geduldige Überzeugung und durch die Förderung eigener Öffentlichkeit aufzuheben, daran arbeiten wir.

LZ.: Wie sieht Ihr die Zusammenarbeit der MdB von Linkspartei und WASG in der Fraktion?

U. L.: Es gibt kein Problem zwischen WASG- und Linkspartei-Abgeordneten. Diskussionen und Differenzen sind quer zur Herkunft des jeweiligen Abgeordneten. Es war eher erstaunlich, wie schnell wir als Abgeordnete einer gemeinsamen Fraktion zusammen gefunden haben.

Für mich persönlich sehe ich die Zusammensetzung mit der WASG als positive Entwicklung an, nicht als Problem, weil mehr Abgeordnete aus den westlichen Bundesländern und mit gewerkschaftlichem Hintergrund in der Fraktion arbeiten als früher in der PDS-Fraktion. Das hat mir persönlich genauso mehr Spielräume und Möglichkeiten gegeben, wie die Fraktion dadurch insgesamt ihr Profil als gesamtdeutsche Partei schärfen kann.

LZ.: Berlin ist weit weg von Köln und Düren, was konntet Ihr im Wahlkreis bewegen?

P. S.: Ich habe mitgeholfen, dass in Düren ein breites und aktives Bündnis gegen die immer frecher auftretenden Neonazis zustande gekommen ist. Der NPD den Weg zu verlegen, das bleibt mir ein zentrales Anliegen – und das beginnt in den Kommunen und Kreisen.

U. L.: Wir haben viele Möglichkeiten, im Wahlkreis etwas zu bewegen. Ich will nur ein Beispiel geben. Bei der Auseinandersetzung um die Massenentlassungen bei der Allianz habe ich mit dafür gesorgt, dass sich die Abgeordneten aller Parteien aus Köln mit dem Vorstand der Allianz getroffen haben, um auch als Abgeordnete den Widerstand gegen die Standortschließung mit zu unterstützen. Das war, denke ich, auch sehr wichtig dafür, dass der Standort erhalten bleiben konnte.

Mit vielen kleinen Anfragen habe ich Auseinandersetzungen aus dem Wahlkreis, soweit sie bundespolitische Bedeutung haben, in den Bundestag eingebracht, z. B. zum Verhalten der Bundesregierung in Bezug auf die Köln-Messe. Daneben ist es natürlich immer wichtig, den Kontakt zu den Bewegungen und Gewerkschaften vor Ort zu erhalten, mit ihnen zu diskutieren und die parlamentarische Arbeit auch vor Ort außerparlamentarisch öffentlich zu machen und die Diskussion darüber zu führen. Im Rahmen der Gesundheitsreform war ich z. B. bei Krankenhäusern, um mit ihnen darüber zu diskutieren, in der Auseinandersetzung um die Rente



mit 67 bei vielen Vertrauensleuten und Betriebsräten aus Köln und Umgebung und vieles andere mehr.

LZ.: Was war die bisher größte Überraschung im Bundestag?

P. S.: Die erstaunlich sachliche und solidarische Zusammenarbeit in der Linksfraktion – mit vielen neuen und unbekanntem Gesichtern.

LZ.: Liebe Ulla, lieber Paul. Wir danken Euch für das Interview.

Für eine partizipative und gleichberechtigte Migrationspolitik!

von Kemal Bozay

In Köln haben gegenwärtig 313.000 Menschen (ca. 30 %) einen Migrationshintergrund, die aus mehr als 190 Ländern stammen. Bei den unter 18-jährigen beträgt der Anteil 46 %. Vor allem handelt es sich um ehemals als sog. „Gastarbeiter“ angeworbene Menschen und ihre nachgezogenen Familien, größtenteils auch um ihre hier geborenen und aufgewachsenen Kinder, um Flüchtlinge, Roma und Sinti, jüdische Kontingentflüchtlinge und Spätaussiedler. Den größten Anteil der Zuwanderer in Köln bilden Türken und Kurden (ca. 80.000), die bereits in der zweiten und dritten Generation in dieser Stadt ihren Lebensmittelpunkt haben.

Viele von ihnen prägen das gesellschaftliche Alltagsbild und leisten einen

wichtigen Beitrag für das interkulturelle Zusammenleben in dieser Stadt. Aufstiegsmobilitäten zeigen sich vor allem an ausgeprägten Selbsthilfepotenzialen sowie an der Konsum- und Wirtschaftskraft der Einwanderer, die inzwischen eine wichtige Rolle spielen.

MigratInnen noch immer benachteiligt

Dennoch hat die seit ca. 50 Jahren andauernde Einwanderungspraxis nichts daran geändert, dass große Teile der Migrantinnen und Migranten und ihrer Kinder nicht nur politisch und rechtlich, sondern auch ökonomisch und sozial bislang Wohn- und Wirtschaftsbürger „zweiter Klasse“ geblieben sind.

Gegenüber dem Durchschnitt der deutschen Bevölkerung haben sie in

den Bereichen Arbeit, Wohnen, Bildung, Gesundheit und Partizipation deutlich schlechtere Chancen und sind häufig Ausgrenzungs- und Marginalisierungsrissen ausgesetzt. Dies spiegelt sich vor allem in der Bildungssituation wider:

Fast ein Drittel der Kölner Jugendlichen in der entscheidenden Altersphase, in der die Berufswahl und der Einstieg in den Arbeitsmarkt anstehen, sind jugendliche MigrantInnen. Zwar ist auch in Köln die Jugendarbeitslosigkeit insgesamt in den letzten Jahren leicht rückläufig, aber während die Arbeitslosenquote deutscher Jugendlicher »nur« knapp 8 % betrug, belief sie sich bei den jungen MigrantInnen auf 18 %. Während 8 %

Fortsetzung auf Seite 10

der deutschen Jugendlichen keine abgeschlossene Berufsausbildung haben, sind es bei türkischen Jugendlichen 40 %, bei Griechen 37 % und bei Portugiesen 37%.

Köln braucht ein partizipatives Integrationskonzept

In Köln haben jüngst SPD und CDU auf kommunaler Ebene „modellhafte“ Integrationskonzepte vorgelegt, die in ihrer allgemeinen Ausrichtung die vielfältigen Probleme von MigrantInnen differenziert aufzeigen, aber in der Frage der integrationspolitischen Umsetzung große Schwächen und Defizite aufweisen. Die CDU ist einen Schritt vorangegangen und hat sogar für Köln eine Islamkonferenz nach bundes- und landespolitischem Leitbild gefordert. Doch ausgeblendet wird in allen vorgelegten Konzepten die Notwendigkeit des Umdenkens in der Migrationsdebatte.

Die gegenwärtige Praxis zeigt, dass die zahlreichen Diskussionen über Migration seit je her auf dramatischen Irr- und Abwegen, gepaart mit bedrohlichen Falschmeldungen, diffamierenden Irritationen, medialer Ausgrenzung und national willkürlicher Bedürfnisorientierung, wandeln. Hinzu kommt die Trennung in „nützliche“ und vermeintlich „ausnutzende“ Ausländer, die uns zeigt, wie sehr MigrantInnen ausschließlich an ihren wirtschaftlichen und für den deutschen Staat brauchbaren Fähigkeiten gemessen werden. Eine Spaltung, die MigrantInnen nicht als Menschen, sondern rein als Wirtschaftsgüter definiert, kommt für eine linke Migrationspolitik nicht in Frage.

Ein Umdenken ist nötig!

Benötigt werden zunächst ein sofortiges Umdenken und der Beginn eines vorurteilsfreien Diskurses, der die Menschen in dieser Gesellschaft zu mehr Toleranz verleitet. Die Linke begreift Migration als eine gesellschaftliche Ressource und Querschnittsaufgabe, die verstärkt in das politische Bewusstsein der gesamten Gesellschaft getragen und in vielen gesellschaftlichen sowie politischen Bereichen auch umgesetzt werden muss.

Von einem kommunalen Integrationskonzept ist zu erwarten, dass Integration als ein ressourcenorientierter Prozess zu verstehen ist, der von einem partizipativen und gleichberechtigten Handlungsprogramm ausgeht. Daher kann ein solches Integrationskonzept, das an der Realität der Einwanderer vorbeigeht, kein Erfolgskonzept für die Kommune sein.

Auch die Reduzierung der migrationspolitischen Debatten auf kulturelle

und religiöse Aspekte setzt keine wegweisenden Signale. Für einen besseren und zukunftsorientierten interkulturellen Dialog müssen größere Partizipationschancen für MigrantInnen und ihre Netzwerke hergestellt werden.

Gerade in den kommunalen Prozessen müssen MigrantInnen und ihre Netzwerken gleichberechtigte Teilhabe

und Mitwirkungsstrukturen eröffnet werden. Der Ansatz von MigrantInnen für MigrantInnen spielt hier eine wichtige Rolle.

Daher ist die Forderung nach gleichen sozialen und politischen Rechten für alle Menschen, die hier leben, eine berechtigte und zwingende Grundlage für eine linke Migrationspolitik.

Landespersonalvertretungsgesetz NRW: Mitbestimmung muss bleiben!

von Kemal Bozay

Unter dem Motto „Die Mitbestimmung der Personalräte muss erhalten bleiben!“ haben Anfang März ver.di und DGB Köln eine Protestveranstaltung und -demonstration durchgeführt, an der mehrere Hundert Kolleginnen und Kollegen teilgenommen haben. Sie haben mit ihrem Protest ein Signal gegen das im Landtag NRW als Novelle vorgelegte Landespersonalvertretungsgesetz (LPVG) gesetzt.

Die bisherigen Erfahrungen zeigen, dass die schwarz-gelbe Landesregierung seit ihrem Amtseintritt eine Frontpolitik gegen die Interessen der Beschäftigten betreibt: Die Aufhebung des Tariftreuegesetzes, Ladenöffnungszeiten zu Lasten der Beschäftigten, Eingriffe in den Flächentarif und große Einschnitte in die Mitbestimmungsrechte der Beschäftigten sind nur einige Beispiele hierfür. Mit der Novellierung des neuen LPVG und der Einführung eines Personaleinsatzmanagements (PEM) soll ein weiteres Stück an sozialen Partizipations- und Grundrechten in dieser Gesellschaft geopfert und demontiert werden.

Das Landespersonalvertretungsgesetz hat bisher sichergestellt, dass die für Beschäftigte geltenden Tarifverträge bei Eingruppierung und Entgelt, Verordnungen, Vereinbarungen u. Ä. kontrolliert und die Mitbestimmungsrechte sichergestellt werden.

Bei Änderungen der Arbeitsorganisation und der Einführung neuer Technologien kann der Personalrat bisher mitbestimmen. Nach § 72 der LPVG-Novelle sollen diese Mitbestimmungsrechte in Personal- und Arbeitsorganisationsfragen, bei Kündigung usw. außer Kraft ge-



Bild: Arbeiterfotografie

setzt werden. Noch kann der Personalrat einer Versetzung widersprechen. Künftig wird dieses demokratische Recht eingeschränkt. Auch gegenüber Kündigungen will die Landesregierung den Beschäftigten den Schutz nehmen. Statt Widerspruch- soll es künftig nur noch Anhörungsrechte geben.

Noch kann der Personalrat mitentscheiden, wenn privatisiert wird, das soll es in Zukunft auch nicht mehr geben. Damit fällt nicht nur aus Sicht der Beschäftigten eine wichtige Hürde im Erhalt der öffentlichen Daseinsvorsorge weg.

Die schwarz-gelbe Landesregierung will mit der Politik „Privat vor Staat“ Pläne zur Veränderung und Zentralisierung der Verwaltungsstruktur in NRW durchsetzen, die massiven Personalabbau sowie Privatisierungen vorsehen. Das lehnen wir als Linke ab und unterstützen die Beschäftigten und Gewerkschaften in ihren Protesten gegen die Abschaffung der Mitbestimmungsrechte im Rahmen des Landespersonalvertretungsgesetzes.

LINKES Zukunftsprogramm für soziale und ökologische Nachhaltigkeit

von Ulla Lötzer, MdB

Der aktuelle Aufschwung ist getragen durch die überragende Wettbewerbsstärke der deutschen Exportunternehmen. Der Titel des Exportweltmeisters hat aber zwei Kehrseiten. Er ist Folge von Lohndumping und Steuergeschenken an Unternehmen.

Allein durch die aktuelle Unternehmenssteuerreform fehlen jährlich 6 bis 10 Mrd. Euro für wichtige Zukunftsaufgaben. Statt Unternehmen, die Rekordgewinne erwirtschaften, an der Finanzierung der Infrastruktur oder von Forschung, Bildung und Kinderbetreuung zu beteiligen, wird ihr Beitrag zum ‚Standort‘ Deutschland weiter zurückgefahren; gleichzeitig steigt jedes Jahr der Anteil, den die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer beitragen.

Der private Konsum und damit die Absatzchancen von Waren und Dienstleistungen im Inland stagnieren, und kommunale Ausgaben werden gekürzt, weil die Mittel für einen sozial-ökologischen Umbau der Gesellschaft fehlen. Seit 1970 ist der Anteil der öffentlichen Investitionen am Bruttoinlandsprodukt von 4,8% auf 1,3 % (2005) gesunken. Deutschland ist damit internationales Schlusslicht. In den USA ist der Anteil doppelt so hoch. Das hat verheerende Folgen in allen gesellschaftlichen Bereichen:

⇒ Das Institut für Urbanistik warnt: 2000–2009 wird sich ein kommunaler Investitionsbedarf in Höhe von 690 Mrd. Euro aufgebaut haben.

⇒ Die Deutsche Krankenhausgesellschaft stellt fest: Jedes Jahr fehlen 4 Milliarden Euro in den Kliniken, um notwendige Investitionen vorzunehmen und Gebäude zu modernisieren.

⇒ Der Deutsche Städte- und Gemeindebund warnt: Das Betreuungsangebot für Kinder unter drei Jahren muss ausgebaut werden. 300 000 zusätzliche Plätze würden 3,05 Milliarden Euro jährlich für Betriebskosten und einmalige Investitionen von 5 Milliarden Euro erfordern. Die Kommunen könnten aus eigener Kraft die zusätzlichen Milliardenbeträge nicht aufbringen.

⇒ Der Stern-Report warnt: Während die zukünftig jährlich aufzubringenden Kosten für effektiven Klimaschutz mit etwa 1% der weltweiten Wirtschaftsleistung beziffert werden, stehen dem Kosten eines drohenden Klimawandels von bis zu 20% am globalen BIP gegenüber.

Das LINKE Zukunftsprogramm

In den nächsten Wochen werden wir deshalb das mit Gewerkschaften, Umweltverbänden und wissenschaftlichen Instituten entwickelte Zukunftsprogramm der Öffentlichkeit vorstellen. Wir fordern ein Zukunftsprogramm in Höhe von jährlich ca. 45 Mrd. an zusätzlichen Ausgaben und Investitionen. Diese sollen in die Bereiche Gesundheit, Bildung, öffentliche Beschäftigung, Abwasser sowie die Energie- und Verkehrswende fließen.

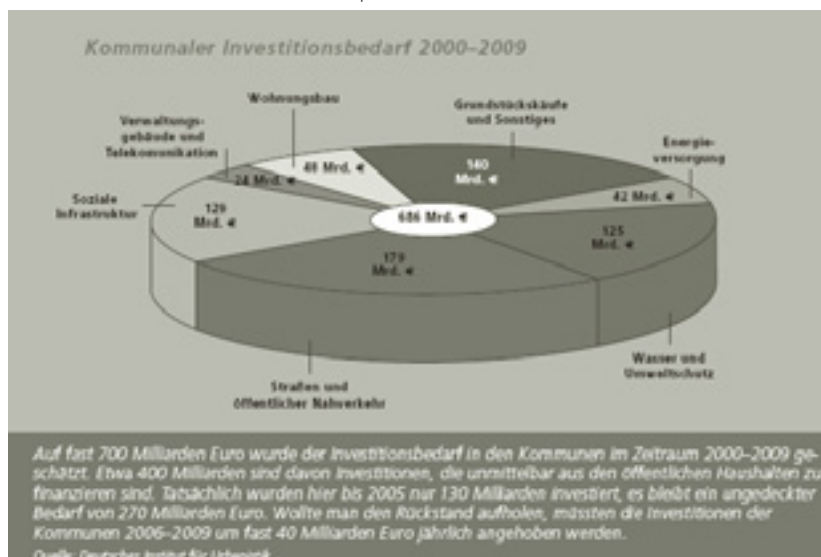
1. Der akute Investitionsstau bei öffentlichen Krankenhäusern soll mit einer dauerhaften Finanzhilfe des Bundes beseitigt werden.
2. Die integrierte Versorgung als Vernetzung von Ärzten, Krankenhäusern und Gesundheitsberufen muss auf eine solide finanzielle Basis gestellt werden.
3. Der Beitrag des Bundes für Prävention und Gesundheitsförderung muss gestärkt werden.
4. Wir treten für einen bedarfsgerechten und elternbeitragsfreien Ausbau von Ganztagschulen und Kindertageseinrichtungen ein.
5. Der Qualitätsverfall in der Hochschulausbildung soll gestoppt und das BAföG an die Lebenshaltungskosten angepasst werden.
6. Wir wollen 500.000 öffentlich geförderte Arbeitsplätze vor allem für Langzeitarbeitslose schaffen.
7. Ein Energiesparfonds soll eine neue Effizienzoffensive einleiten.
8. Kommunen sollen Investitionsmittel für den Ausbau regenerativer Energien erhalten.
9. Die Schiene soll endlich ihren Rückstand zum Straßenausbau aufholen können.
10. Die Sanierung des Kanalnetzes soll endlich angepackt werden.

Das LINKE Zukunftsprogramm schafft Arbeitsplätze und sichert private und öffentliche Nachfrage

Die Maßnahmen schaffen Arbeitsplätze z. B. in der Bauindustrie, in Kindertagesstätten oder im öff. Dienst und sichern private Nachfrage über ein höheres BAföG und existenzsichernde Löhne. Damit entstehen ab dem zweiten Jahr 1 Million zusätzliche Arbeitsplätze, davon ca. 200.000 im öffentlichen Dienst, 300.000 im öffentlich geförderten Sektor und 500.000 in der Privatwirtschaft.

Zur Finanzierung des Programms wollen wir den Reichtum in der Bundesrepublik umverteilen und Unternehmen und Vermögende wieder am Ausbau der kommunalen Infrastruktur beteiligen. Die Wiedereinführung der Börsenumsatzsteuer bringt 8,5 Mrd. Euro, die Wiedereinführung der Vermögenssteuer mittelfristig 15 Mrd. Euro, eine Reform der Erbschaftssteuer 4 Mrd. Euro und der Ausbau der Gewerbesteuer zu einer Gemeindefinanzierungssteuer bis zu 12 Mrd. Euro.

Grafik entnommen aus: Wirtschaftspolitische Informationen von ver.di



Fortsetzung auf Seite 12

Die LINKE.KÖLN lädt ein zu einer Veranstaltung zum Thema:

Zukunftsinvestitionen!

Wann?	Dienstag, 15. Mai 2007, 19:30 Uhr.
Wo?	Naturfreundhaus Kalk, Kapellenstraße 9 a, KVB-Haltestelle „Kalk Kapelle“.
Mit?	Ulla Lötzer, MdB; Michael Schlecht, WASG-Bundesv.; Michael Weisenstein, MdBV.
Thema?	Wie können öffentliche Investitionen den Bedarf der Menschen in Kommunen decken und bundesweit die Beschäftigung erhöhen?

Forts.: LINKES Zukunftsprogramm ...

Das LINKE Zukunftsprogramm stellt eine Wende in der Wirtschaftspolitik zur Stärkung der privaten und öffentlichen Binnennachfrage dar und finanziert sich ab dem zweiten Jahr selbst. Berechnungen ergeben eine jährliche Steigerung des BIP von 2,5%-3,3%.

Es erwirtschaftet zusätzliche Steuereinnahmen, trägt zur Sanierung der Sozialversicherungen bei und spart Gelder für Arbeitslosigkeit. Ab dem zweiten Jahr würden ca. 27 Mrd. Euro erwirtschaftet.

Zusammen mit der Besteuerung von Vermögenden und Unternehmen würden sich zusätzliche Einnahmen von ca. 60 Mrd. Euro ergeben.

Resümee

Das von der LINKEN Fraktion entwickelte Zukunftsprogramm schafft Beschäftigung, stärkt den Binnenmarkt, deckt dringende Bedarfe im sozial-ökologischen Umbau der Gesellschaft und öffnet für die staatlichen Haushalte neue Spielräume für zukünftige Aufgaben.

Weitere Termine

Termine der Partei

Stammtisch der LINKEN Jugend

Jeder 1. Mi. im Monat, 19:30 Uhr, Alte Feuerwache, Melchiorstr. 3.

MV des OV Porz

Montag, 07. Mai 07, 20:00 Uhr, BüZe Engelshof, Oberstr. 96.

Gemeinsame MV von WASG und Linkspartei.PDS Köln

Dienstag, 08. Mai 07, 19:30 Uhr, Naturfreundh. Kalk, Kapellenstr. 9a.

Arbeitskreis „Hartz IV“

Donnerstag, 10. Mai 07, 19:30 Uhr, bei P. Löwisch, Eintrachtstr. 72-78.

Stammtisch des OV Innenstadt

Freitag, 11. Mai 07, 19:00 Uhr, Café Grüneke, Mauritiussteinw. 74.

Stand der OV Kalk + „Schäl Sick“

Dienstag, 12. Mai 07, 11:00 Uhr, Kalk-Arcaden, Kalker Hauptstr.

Gemeinsame Veranstaltung von LINKE.Köln, OV Kalk, „Schäl Sick“

Dienstag, 15. Mai 07, 19:30 Uhr, NFH Kalk, Kapellenstr. 9a.
Thema: Zukunftsinvestitionen, s.o.

Workshop der AG „Struktur und Satzung“

Samstag, 19. Mai 07, 13:00 Uhr, Ort wird noch bekanntgegeben.
Themen: Gesellschaftliche Verankerung der neuen LINKEN, Projektthemen nach der Vereinigung.

MV des OV L'thal

Dienstag, 22. Mai 07, 19:30 Uhr, JuZi Sülz, Sülzburgerstr. 112.

AK „Kunst, Medien und Kultur“

Donnerstag, 31. Mai 07, 19:00 Uhr, Ort wird noch bekanntgegeben, Infos sind erhältlich über klaus.meltzer@hotmail.com.

Infoveranstaltung der LINKE.Köln

Dienstag, 05. Juni 07, 19:30 Uhr, BüZe Ehrenfeld, Venloer Str. 429.

MV des OV Nord

Termin und Ort werden noch bekanntgegeben, Infos sind erhältlich über dieter.wernig@gmx.de und andree.willige@freenet.de.

Rosa-Luxemburg-Club + Kölner Friedensforum

Donnerstag, 03. Mai 07, 19:30 Uhr, Alte Feuerwache, Großes Forum, Melchiorstr. 3.

Thema: Auslandseinsätze der Bundeswehr – nein oder ...?

Ref.: Paul Schäfer, MdB und verteidigungspolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE; Tobias Pflüger, MdEP der Fraktion DIE LINKE.

Linker Dialog Köln

Montag, 14. Mai 07, 19:30 Uhr, DGB-Haus, Großer Saal, Hans-Böckler-Platz 1.

Thema: Was kann die deutsche Linke von der erfolgreichen Sozialistischen Partei in Holland lernen?
Ref.: Arjan Vliegenthart, Vertreter der SP im Senat der Niederlande; Thies Gleiss, Mitglied des Bundesvorstandes der WASG.

Rosa-Luxemburg-Kreis Sülz/K'berg

Dienstag, 15. Mai 07, 19:30 Uhr, Galerie Freiraum, Gottesweg 116a.
Thema: Entwicklung in Rußland.

Rosa-Luxemburg-Club Köln

Samstag, 19. Mai 07, 13-18 Uhr, Raum C am AStA-Gebäude der Uni Köln, Eingang Studiobühne, 1. OG, Universitätsstraße 16, Köln-Sülz.
Thema: Marxist. Klassentheorie für junge Menschen unter 35 (!).
Ref.: Hans Günter Bell, Kreisvorsstandsmitglied der WASG Köln.